

BERICHT

über die

51. Tagung des Statistischen Beirats

am 16. Juni 2004

in Wiesbaden

**Bericht
über die 51. Tagung des Statistischen Beirats
am 16. Juni 2004**

Vorsitz

Hahlen	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--------	-------------------------	-----------

Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Haß	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Berlin
Dr. Schoder	Deutscher Industrie- und Handelskammertag	Berlin
Dr. Weiss	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Berlin
Buttenböck	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Berlin
Herkner	Arbeitsgemeinschaft Energie und Wasser e.V.	Berlin
Scholz	Bundesverband der Freien Berufe	Berlin
Graf Pückler	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Berlin
Dr. Tofaute Dr. Hoormann	DGB-Bundesvorstand	Berlin
Dr. Assmann	Verband der Landwirtschaftskammern e.V.	Bonn
Frau Tesch	Deutscher Bauernverband e.V.	Berlin
Prof. Dr. Wagner	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Prof. Dr. Schulte	Fachhochschule Gelsenkirchen	Gelsenkirchen
Prof. Dr. Müller	Universität Mannheim	Mannheim
Dr. Richter	Deutscher Städtetag	Berlin

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Prof. Dr. Westerhoff	Bundeskanzleramt	Berlin
Herr Rybak	Bundesministerium des Innern	Berlin
Dr. Bruch	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	Bonn
Frau Neuwirth	Bundesministerium der Finanzen	Berlin
Schmidt	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Bonn
Fuchs	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Bonn
Klinkhammer Wippenhohn	Bundesministerium für Gesundheit und Soziales	Bonn
Hellenschmidt	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Bonn
Dr. Streuff	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
Itner	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bonn
Leifer	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/M.
Zimmermann	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Bonn

Vertreter der Statistischen Ämter der Länder

Frau Dr. Meister-Scheufelen	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Bauer	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Frau Prof. Dr. Rockmann	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin
Steenken	Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg	Potsdam
Dr. Kirschner	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	Hamburg
Hohmann	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Hüttebräuker	Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin

Strelen	Niedersächsisches Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Hannover
Kehlenbach	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Berres	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Sossong	Statistisches Landesamt Saarland	Saarbrücken
Dr. Speich	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Kamen
Frau Thiele	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt	Halle/Saale

Ständige Gastmitglieder

Prof. Dr. Heilemann	Universität Leipzig	Leipzig
Dr. Tegelbekkers	Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	Köln
Dr. Lotz	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland	Bonn
Prof. Dr. Stäglin	Deutsche Statistische Gesellschaft	Berlin
Maaßen	Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.	Köln

Teilnehmer von Landesministerien

Dr. Münzenmaier	Finanzministerium Baden-Württemberg	Stuttgart
-----------------	--	-----------

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Radermacher, Stede, Kopsch, Sarreither, Janke, Reimann, Chlumsky, Glaab, Wallacher, Heidenreich, Glöckler (SRW), Dr. Gnoss

Zeitweise:

Frau Brugger, Dr. Stock, Frau Beuerlein, Frau Linkert, Frau von Oppeln-Bronikowski, Schrey, Frau Stärk

Punkte zur Diskussion

1	Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms	2
2	Internet-Auftritt des Statistischen Beirats	4
3	Ost-/West-Aufbereitung der Ergebnisse für Berlin	5
4	Preisvergabe (Award) für besonders kundenfreundliche statistische Produkte oder besonders guten statistischen Service	5

Punkte zur Information

5	Neues aus dem CEIES (Aktivitäten und Reformüberlegungen)	6
6	Bericht zum Stand der Umsetzung der IMK-Beschlüsse sowie des Masterplans der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Reform der amtlichen Statistik	6
7	Bericht der Statistischen Ämter von Bund und Ländern zu den Ergebnissen der Tests für einen registergestützten Zensus	6
8	Durchführung des unterjährigen Mikrozensus ab 2005	7
9	Einführung einer monatlichen Telefon-Stichprobe zum Erwerbsstatus der Bevölkerung nach dem ILO-Konzept	8

Verschiedenes:

	Neuentwicklungen im Internet - GENESIS-Online und Statistik-Portal	9
--	--	---

Bericht

Herr Hahlen eröffnet die 51. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer. Anschließend berichtet er über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat.

Neu im Statistischen Beirat vertreten sind:

Ordentliche Mitglieder:

Herr M a l a n o w s k i , Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.,

Herr Diplom-Volkswirt H e m m e r l i n g , Deutscher Bauernverband,

Herr Beigeordneter L ü b k i n g , Deutscher Städte- und Gemeindebund,

Herr S c h a a r , Bundesbeauftragter für den Datenschutz,

Herr Ministerialdirektor L i n g e n t h a l , Bundesministerium des Innern und als ständiger Vertreter Herr Ministerialrat Rybak, Leiter des Referats G 3

Herr Ministerialrat Dr. B r u c h , Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit,

Herr Votr. Legationsrat 1. Kl. E l b l i n g , Auswärtiges Amt,

Herr Präsident B e r r e s , Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.

Ständige Gastmitglieder:

Herr Dr. L o t z , Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland,

Herr K n i e p s , Verband Deutscher Verkehrsunternehmen.

Herr Prof. Dr. Stäglin, Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft, nimmt zum letzten Mal an einer Beiratssitzung teil. Herr Hahlen würdigt seinen langjährigen erfolgreichen Einsatz für die amtliche Statistik und die intensive und konstruktive Zusammenarbeit. Viele wissenschaftliche Tagungen, zahlreiche gemeinsame Veröffentlichungen, die Mitarbeit in Projektgruppen und nicht zuletzt die Mitgliedschaft im Statistischen Beirat seit 1989 sind Ausdruck dieser in Jahrzehnten bewährten Partnerschaft.

Eine aktuelle Zusammenfassung über „Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte“ haben die Beiratsmitglieder mit dem Einladungsschreiben vom 2. April 2004 in schriftlicher Form erhalten. Eine Erörterung in der Sitzung findet deshalb nicht mehr statt.

Punkte zur Diskussion

1 Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms

1.1 Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms

Der Statistische Beirat hat auf seiner Tagung am 18. Juni 2002 insgesamt 55 Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik beschlossen und der Bundesregierung in seinem Bericht zur 15. Legislaturperiode vorgelegt. Auf seiner Tagung am 17. Juni 2003 hat der Statistische Beirat 5 weitere Empfehlungen für die 15. Legislaturperiode vereinbart. Im Herbst 2003 hat der Statistische Beirat der Empfehlung zur statistischen Erfassung der betrieblichen Altersversorgung im schriftlichen Verfahren zugestimmt. Der Statistische Beirat nimmt den Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Graf Pückler, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erläutert die Vertreterin des Statistischen Bundesamtes die Teilprojekte zur Weiterentwicklung des Lohnstatistiksystems (Empfehlung Nr. 51). Während die mehrjährigen Erhebungen weitgehend durch EU-Rechtsgrundlagen festgelegt sind, besteht bei den kurzfristigen Erhebungen mehr Spielraum, nationale Anforderungen umzusetzen. Der Fachausschuss „Preise und Löhne“ wird noch in diesem Jahr zu einem „Werkstattgespräch“ eingeladen werden, um die Anforderungen der Befragten und Nutzer bei den weiteren Untersuchungen berücksichtigen zu können.

Zur Verbesserung der Datenqualität der Statistik der Einzelhandelsumsätze (Empfehlung Nr. 28) bittet Herr Leifer von der Deutschen Bundesbank um Prüfung, ob das durch das neue Schätzverfahren für säumige Unternehmen angestrebte Ziel, die Qualität der Ergebnisse zu verbessern, tatsächlich erreicht wird. Das Statistische Bundesamt wird, nachdem alle Statistischen Landesämter das neue Schätzverfahren einsetzen, den Statistischen Beirat über das Ergebnis dieser Prüfung informieren. Außerdem wird das Statistische Bundesamt auf Anregung von Herrn Leifer ein Meinungsbild der Nutzer zur Qualität der Statistik des Bauhauptgewerbes einholen (Empfehlung Nr. 39).

Herr Schoder vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag regt an, Maßnahmen zur Begrenzung der Teilnahme von kleinen Unternehmen an Stichprobenerhebungen zu prüfen (Empfehlung Nr. 39). Das Statistische Bundesamt sagt zu, diese Empfehlung bei der Reform der Unternehmensstatistik zu berücksichtigen. Auf Bitte von Herrn Dr. Weiss, Zentralverband des Deutschen Handwerks, berichtet das Statistische Bundesamt über die Fortschritte beim Unterneh-

mensregister. Informationen zum Stand des Unternehmensregisters sind in Anlage 1 zusammengefasst.

Als Ergebnis der Beratungen verabschiedet der Statistische Beirat die als Anlage 2 beigelegte Pressemitteilung.

Das Statistische Bundesamt berichtet über das im Rahmen des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik begonnene Projekt einer Reform der Unternehmensstatistik. Die beabsichtigte Reform zielt darauf ab, die Befragten zu entlasten, Effizienzgewinne durch Kosteneinsparungen in den statistischen Ämtern zu erzielen und die Flexibilität des statistischen Systems zu erhöhen, um die sich wandelnde Wirtschaft weiter angemessen statistisch zu beschreiben, zugleich soll die Qualität des Datenangebots gehalten, wenn möglich verbessert werden.

Folgende Eckpunkte für eine solche Reform der Unternehmensstatistik zeichnen sich ab:

- Übergang vom herkömmlichen System der Unternehmensstatistik aus umfassenden Zensen und darauf aufbauenden Bereichserhebungen (total und repräsentativ) zu einem neuen Methodenmix mit Registerauswertungen, Stichproben und Nutzung von Verwaltungsdaten,
- Abbildung der Tertiarisierung der Wirtschaft durch ein qualitativ hochwertiges Berichtssystem für Unternehmen und Betriebe in allen Sektoren,
- themenspezifische Erhebungsmodule zu bereichsübergreifenden Fragestellungen, welche die Ergebnisse aus Standarderhebungen ergänzen,
- Stichprobenerhebungen mit größenklassenspezifischen Auswahlätzen an Stelle von Erhebungen mit Abschneidegrenzen,
- „Mikro-Makro-Link“, d.h. Gewinnung der Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen (Lohnbuchhaltung, Kostenrechnung) ohne Medien- und Terminologiebrüche für die amtliche Statistik.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wollen mit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe „Reform der Unternehmensstatistik“ bis zum Herbst 2004 ein erstes Reformkonzept ausarbeiten und prüfen, welche Themen in welchem zeitlichen Rahmen bearbeitet werden sollen. Möglichst bald soll ein Workshop mit den wichtigsten Nutzern durchgeführt werden, damit von dort Anregungen in das Projekt fließen können.

1.2 Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes

Der Statistische Beirat hat auf seiner 50. Tagung am 16. Juni 2003 die Bundesregierung gebeten, eine Überarbeitung des deutschen Statistikrechts, insbesondere des Bundesstatistikgesetzes

(BStatG), in der 15. Wahlperiode einzuleiten und hierzu konkrete Empfehlungen vorgelegt. Das Statistische Bundesamt berichtet über den Stand der Umsetzung dieser Empfehlungen.

Herr Prof. Müller, Universität Mannheim, gibt zu bedenken: Der Vorschlag des IMA-Statistik, bei den Empfehlungen zur Lieferung von faktisch anonymisierten Einzeldaten an die Wissenschaft (Empfehlung Nr. 5, 18, 20, 21) zunächst die weitere Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 über den Zugang zu vertraulichen Daten aus Gemeinschaftsstatistiken für wissenschaftliche Zwecke auf EU-Ebene vom 17. Mai 2002 (ABl. EG Nr. L 133, S. 7) abzuwarten, um die dort gewonnenen Erfahrungen bei einer Novellierung des § 16 Abs. 6 BStatG zu berücksichtigen, werde die Verwirklichung dieser Empfehlungen voraussichtlich erheblich verzögern. Das Statistische Bundesamt wird sich im Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) dafür einsetzen, die Realisierung der genannten EU-Verordnung voranzutreiben.

1.3 Strategie- und Programmplan (Corporate Plan) des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt stellt seine Konzeption einer Strategie- und Programmplanung vor, die strategische Überlegungen zu den Aufgaben des Statistischen Bundesamtes sowie eine mehrjährige, integrierte Programm- und Ressourcenplanung umfasst. Ein Strategie- und Programmplan wird hausintern die Basis für Haushaltsplanungen, IT-Planungen, Personalplanungen sowie Jahresarbeitsplanungen liefern und für Auftraggeber (u.a. IMA-Statistik) und Nutzer (insbesondere Statistischer Beirat) der Bundesstatistik mehr Transparenz bieten.

Dazu entwickelt sich eine - in Teilen kontroverse - Diskussion, inwieweit die Statistischen Landesämter sowie der Statistische Beirat in eine solche Strategie- und Programmplanung einbezogen werden sollten.

2 Internet-Auftritt des Statistischen Beirats

Das Statistische Bundesamt legt den Vorschlag für eine eigene Internetseite des Beirats auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes vor. Der Statistische Beirat stimmt dem Entwurf zu: In einem ersten Schritt sollen die in der Unterlage aufgeführten grundsätzlichen Informationen aufgenommen und bei Bedarf erweitert werden. Das Statistische Bundesamt kündigt an, dass ab Sommer 2005 der Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes auf der Basis des Government-Site-Builders der Bundesregierung mit dem Corporate Design des Statistischen Bundesamtes erfolgen wird und dann die im Government-Site-Builder verfügbaren Funktionalitäten übernommen werden.

3 Ost-/West-Aufbereitung der Ergebnisse für Berlin

Die Beiratsarbeitsgruppe „Einstellung oder Weiterführung getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin“ hatte am 10. September 2001 in Berlin die Aufbereitungs- und Veröffentlichungspraxis bis zum Berichtsjahr 2004 bzw. 2006 abgesprochen. Für die weitere Praxis hat das Statistische Bundesamt in einer Unterlage analysiert, inwieweit die Ost-/West-Aufteilung von Berlin für Bundesergebnisse in Ost-/West-Darstellung noch notwendig ist. Die Analyse ist zum Ergebnis gelangt, dass Ost-/West-Darstellungen ohne Berlin sich von Ergebnissen eines in West- und Ostberlin aufgeteilten Berlinerergebnisses in der Regel nicht mehr statistisch signifikant unterscheiden. Eine Aufteilung der Berlinerergebnisse in Daten für Ost- und Westberlin kann daher aus fachlicher Sicht sowie insbesondere aus Kosten/Nutzen-Aspekten entfallen. Für wenige Ausnahmefälle konnten abgestimmte Vorgehensweisen vereinbart werden, die noch mit den betroffenen Bundesressorts abschließend zu klären sind.

In der Diskussion wird - einmal mehr - deutlich, dass eine Zuordnung des Landes Berlin zu Ost- oder Westdeutschland pauschal nicht angemessen wäre. Bei der Berechnung von Ost-/West-Indizes ist das jeweils zu entscheiden, während es in praktisch allen anderen Fällen dem jeweiligen Nutzer überlassen bleiben kann, welche Zuordnung er mit Hilfe der Ergebnisse nach Bundesländern für seine Zwecke vornimmt.

Der Statistische Beirat trägt diese Überlegungen des Statistischen Bundesamtes zur künftigen Praxis mit und schließt dieses Thema damit ab.

4 Preisvergabe (Award) für besonders kundenfreundliche statistische Produkte oder besonders guten statistischen Service

Das Statistische Bundesamt will zur weiteren Verbesserung der Kunden- und Nutzerbeziehungen einen Preis vergeben, mit dem besonders kundenfreundliche statistische Produkte oder besonders guter statistischer Service ausgezeichnet werden. Die erste Preisverleihung soll in der Sitzung des Statistischen Beirats im Juni 2005 stattfinden. Der Beirat setzt eine kleine Arbeitsgruppe ein, die mit dem Statistischen Bundesamt bis Oktober 2004 die Vergabekriterien und das Verfahren der Preisvergabe ausarbeitet. Zur Mitwirkung in der Arbeitsgruppe erklären sich Herr Prof. Dr. Wagner (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Herr Prof. Dr. Schulte (Fachhochschule Gelsenkirchen) und Herr Dr. Haß (Bundesverband der Deutschen Industrie) bereit. Weitere interessierte Beiratsmitglieder können sich direkt mit dem Statistischen Bundesamt, Gruppe I C, in Verbindung setzen.

Punkte zur Information

5 Neues aus dem CEIES (Aktivitäten und Reformüberlegungen)

Herr Prof. Dr. Heilemann, Vizepräsident des CEIES, berichtet über die Arbeiten des CEIES im letzten Jahr sowie die Pläne von Eurostat zur Umorganisation des CEIES. Danach soll die Zahl der Mitglieder, insbesondere die „Privaten Mitglieder“, stark verringert werden. Der Statistische Beirat bittet das Statistische Bundesamt, gegenüber Eurostat für einen arbeitsfähigen, zugleich aber die Nutzerlandschaft des Europäischen Statistischen Systems (ESS) angemessen repräsentierenden CEIES einzutreten. Herr Hahlen sagt dies zu und bittet die Vertreter der Bundesressorts, sich in ihren Häusern für einen solchen CEIES einzusetzen.

Im Jahr 2004 werden die Seminare „Gender Statistics“ am 21./22. Juni 2004 in Stockholm und „The Future of European Agricultural Statistics“ im September 2004 in Brüssel durchgeführt. Graf Pückler, Vorsitzender des CEIES-Unterausschusses „Wirtschafts- und Währungsstatistiken“, weist auf das Seminar zum Thema „Producing Business Statistics – Costs Efficiency“, Recent Developments and Experiences“ hin, das am 15. und 16. Oktober 2004 in Dresden stattfinden wird. Er dankt dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Landesamt Sachsen für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Seminars.

Aufgrund der eingeschränkten finanziellen Ressourcen wird der CEIES im Jahr 2005 nur Seminare zur „Migrationsstatistik“ und „Transparenz der Metadaten“ vorsehen.

6 Bericht zum Stand der Umsetzung der IMK-Beschlüsse sowie des Masterplans der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Reform der amtlichen Statistik

Herr Strelen, Vorsitzender des Lenkungsausschusses „Masterplan“ gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht zum Stand der Umsetzung der IMK-Beschlüsse sowie zum Masterplan der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Reform der amtlichen Statistik. Eine schriftliche Zusammenfassung des Sachstandsberichtes, auf dessen Grundlage die amtliche Statistik der IMK im Herbst 2004 berichtet, wird in Kürze nachgereicht.

7 Bericht der Statistischen Ämter von Bund und Ländern zu den Ergebnissen der Tests für einen registergestützten Zensus

Das Statistische Bundesamt hat in einer Unterlage über den Bericht der Statistischen Ämter von Bund und Ländern vom Dezember 2003 zu den Ergebnissen der Tests für einen registergestütz-

ten Zensus informiert. Zentrales Ergebnis des Zensustests ist, dass ein registergestützter Zensus in Deutschland machbar ist und sich die im Zensustestgesetz vorgesehenen statistischen Methoden und Verfahren als geeignet erwiesen haben. Der Zensustest hat zugleich gezeigt, dass die Nutzung der verschiedenen Register durch primärstatistische Elemente ergänzt werden muss.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat inzwischen am 7./8. Juli 2004 entsprechend den Beschlussvorschlägen des Arbeitskreises I „Staatsrecht und Verwaltung“ und des Arbeitskreises III „Kommunale Angelegenheiten“ zu dem Testbericht folgenden Beschluss gefasst:

1. Die IMK nimmt den Bericht des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter des Länder vom 22. 12. 2003 über die Ergebnisse der Zensustests zur Kenntnis.
2. Die IMK beauftragt eine länderoffene Arbeitsgruppe - Vorsitz BMI -, bis zur Herbstsitzung 2004 der IMK einen umfassenden Bericht vorzulegen, welche qualitätssteigernden Maßnahmen bei den zu benutzenden Registern, insbesondere den Melderegistern und Registern der Bundesagentur für Arbeit, mit Blick auf einen registergestützten Zensus ergriffen werden sollen.

Die Arbeitsgruppe sollte dabei prüfen, welche Möglichkeiten die beabsichtigte bundesweite Vernetzung aller bundesdeutschen Melderegister in welchem Zeitrahmen bietet, um die Ermittlung der Einwohnerzahlen und der Bevölkerungsfortschreibung grundlegend und auf Dauer zu verbessern und die seitherige Zweigleisigkeit zu vermeiden. Sie sollte auch prüfen, inwieweit mit unterschiedlichen statistischen Verfahren ermittelte amtliche Bevölkerungszahlen rechtlichen Überprüfungen Stand halten und inwieweit Möglichkeiten der Ermittlung von Ergebnissen für kleinräumige Einheiten bestehen.

8 Durchführung des unterjährigen Mikrozensus ab 2005

Dem Statistischen Beirat liegt eine Unterlage des Statistischen Bundesamtes zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens für ein neues Mikrozensusgesetz 2005 und zu den Vorbereitungen zur Einführung eines unterjährigen Mikrozensus ab 2005 vor. Am 6. Mai 2004 hat der Bundestag und am 14. Mai 2004 der Bundesrat das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) beschlossen, das am 30. Juni 2004 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1350) verkündet wurde. Die wesentlichen Änderungen beim Mikrozensus ab dem Jahr 2005 bestehen in seiner Unterjährigkeit mit dem Umstieg von einer festen zu einer gleitenden Berichtswoche, in der Einführung einer monatlichen Schnellauswertung zur Erwerbstätigkeit und in ergänzenden Fragen zur Migration.

Die Vertreter des Statistischen Bundesamtes erläutern dazu: Die Umsetzung des neuen Mikrozensusgesetzes 2005 erfordert neben einem flächendeckenden Laptop-Einsatz, u.a. im Hinblick auf die monatlichen Schnellauswertungen, eine Neuprogrammierung des Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union. Neben der Umsetzung des Konzepts für einen unterjährigen Mikrozensus müssen neue Anforderungen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung, die sich zur Zeit noch in der Diskussion befinden, in den Mikrozensus integriert werden. Weiterhin sind vertiefende Untersuchungen zu bestimmten Einzelaspekten erforderlich, wie z.B. Weiterentwicklung des Fragebogens zur Erfassung der Haushalts- und Familienzusammenhänge und Umsetzung der neuen Merkmale zur Migration. Das zukünftige Kompensations- und Hochrechnungsverfahren für den Mikrozensus und die darin integrierte Arbeitskräfteerhebung der EU soll einerseits der schnellen und aktuellen Ergebnispräsentation von Quartalsdaten Rechnung tragen, andererseits regional und fachlich tief gegliederte Jahresdurchschnittsergebnisse ermöglichen.

Ministerialrat Fuchs, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hält die „schleichende“ Charakterveränderung des Mikrozensus für problematisch, da der größte Teil des Mikrozensus-Frageprogramms inzwischen durch die EU-Arbeitskräfteerhebung bestimmt werde und für sein Ressort wichtige Fragen (z.B. Familie, Kinderbetreuung) aus dem Erhebungsprogramm gestrichen worden seien. Frau Dr. Meister-Scheufelen, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, weist darauf hin, dass ab 2005 in der neuen europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) Fragen zur Kinderbetreuung enthalten seien.

Nach Ansicht von Herrn Hohmann, Hessisches Statistisches Landesamt, sollte über die methodische Konzeption des Mikrozensus und eine eventuelle Trennung der haushaltsbezogenen Fragen von den erwerbsstatistischen Fragen, wie es einige andere europäische Mitgliedstaaten praktizieren, nachgedacht werden.

9 Einführung einer monatlichen Telefon-Stichprobe zum Erwerbsstatus der Bevölkerung nach dem ILO-Konzept

Das Statistische Bundesamt schildert in einer Unterlage die Vorarbeiten zur Einführung einer solchen „ILO-Erhebung“ und stellt die wichtigsten methodischen und organisatorischen Ergebnisse der Piloterhebungen vor. Danach kann mit einer computerunterstützten Telefon-Stichprobe in Deutschland der Erwerbsstatus nach dem international vergleichbaren „Labour-Force-Konzept“ kontinuierlich mit einer monatlichen Periodizität erfasst werden. Die Telefonbefragung erwies sich im Zeitablauf als sensibles und reagibles Instrument, mit dem sich die unterjährige Ent-

wicklung des Erwerbsstatus gut nachzeichnen lässt. Von dieser neuen Arbeitsmarktstatistik können substanzielle Erkenntnisgewinne für die Arbeitsmarktpolitik sowie die Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Programme und Maßnahmen erwartet werden.

Rechtsgrundlage zur Durchführung einer monatlichen Erhebung zum ILO-Erwerbsstatus der Bevölkerung wird die Rechtsverordnung der Bundesregierung vom 10. Mai 2004 (BGBl. I S. 870) sein. Die Verordnung erlaubt monatliche telefonische Erhebungen mit einem Stichprobenumfang von bis zu 35 000 Personen für einen Zeitraum von 24 Monaten. Zur Zeit wird für die monatliche Feldarbeit (Durchführung der telefonischen Interviews und Lieferung der Datensätze) ein Projektpartner ausgewählt. Die Erhebung soll in der zweiten Jahreshälfte 2004 beginnen. Es ist geplant, erste Monatsergebnisse im Februar 2005 für den Berichtsmonat Januar 2005 zu veröffentlichen. Um bei der Veröffentlichung der Daten Missverständnisse mit den Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit zu vermeiden, wird das Statistische Bundesamt seine Veröffentlichungspraxis mit der Bundesagentur für Arbeit abstimmen.

Herr Prof. Wagner, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, spricht sich dafür aus, die Daten der monatlichen ILO-Erhebung zu gegebener Zeit auch als anonymisierte Mikrodaten für die Wissenschaft bereitzustellen.

Verschiedenes:

Neuentwicklungen im Internet - GENESIS-Online und Statistik-Portal

Die neue Auskunftsdatenbank GENESIS-Online (www.destatis.de/genesis) hat zum 1. Januar 2004 den Zeitreihenservice des Statistischen Bundesamtes im Internet abgelöst. Die Mitglieder des Statistischen Beirats können in Fortsetzung der bisherigen Vereinbarung zur Nutzung des Zeitreihenservice bei Bedarf GENESIS-Online kostenfrei nutzen.

Als zusätzliche Funktionalität wird das Statistische Bundesamt in Kürze einen sogenannten „Zeitreihenassistenten“ zur Verfügung stellen, der eine komfortable Erstellung von Zeitreihen ermöglicht.

Das gemeinsame Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) steht der Öffentlichkeit seit August 2003 zur Verfügung. Auf dieser Plattform werden vergleichbare Bundes- und Länderergebnisse angeboten und zwar in Form von Jahresübersichten, eines monatlichen Zahlenspiegels sowie der Datenbank GENESIS-Online regio-

nal. Neben dem Zugang zu Gemeinschaftsveröffentlichungen ermöglicht das Portal auch den Zugang zu den Online-Erhebungen von Bund und Ländern.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder und Gäste für ihre Teilnahme und die Beteiligung an der Diskussion schließt Herr Hahlen die 51. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatte

gez.

Sigrid Kiese

Vorsitzender

gez.

Johann Hahlen

TOP 1: „Empfehlungen zur Weiterentwicklung des statistischen Programms“

hier: Stand und Nutzung des Unternehmensregisters

I. Informationen zum Stand des Unternehmensregisters

Über den Stand des Unternehmensregisters haben wir den Statistischen Beirat in den vergangenen Jahren verschiedentlich, zuletzt auf der Sitzung am 18. Juni 2002, unterrichtet.

Mit dem Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz - StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), das am 24. Juni 1998 in Kraft getreten ist, hat die Statistik einen Zugang vor allem zu den Verwaltungsdaten der Finanzbehörden mit ca. 2,8 Mio. Steuerpflichtigen (Umsatzsteuerdateien), der um die Beschäftigtenangaben erweiterten Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit (BA-Datei) mit 2,1 Mio. Betrieben, den Dateien der Industrie- und Handelskammern mit 3,4 Mio. Unternehmen und örtlichen Einheiten sowie den Dateien der Handwerkskammern mit 0,7 Mio. Unternehmen.

Vor allem die erstmalige Verarbeitung der administrativen Dateien in den Statistischen Landesämtern gestaltete sich, insbesondere wegen des fehlenden einheitlichen Identifikators, als komplex und sehr zeitaufwändig. Daher waren die Umsatzsteuerdateien und die Datei der Bundesagentur für Arbeit für das Berichtsjahr 1998 erst Ende 2000 im Register verarbeitet. Da nicht alle Einheiten zweifelsfrei zugeordnet werden können, wurde zur Verbesserung der Qualität des Registers Ende 2000/Anfang 2001 eine Umfrage bei den nicht eindeutig zuordenbaren Einheiten nach deren Identifikatoren in den administrativen Dateien und nach dem Zusammenhang zwischen Unternehmen und örtlichen Einheiten durchgeführt. Erst danach wurden Dateien der Handwerkskammern des Berichtsjahrs 2000 im Register verarbeitet. Mit der Einbeziehung weiterer administrativer Dateien (Einkommen- und Körperschaftsteuerdateien, Dateien der Industrie- und Handelskammern), der wiederholten jährlichen Verarbeitung von Dateien der Finanz- und Arbeitsverwaltung sowie der periodisch durchgeführten Registerumfrage werden weitere Dubletten erkannt und bereinigt.

Bei der jährlichen Aktualisierung des Registers mit den im Statistikregistergesetz genannten administrativen Dateien hat sich nunmehr eine gewisse Konsolidierung ergeben. Die Arbeiten werden

entsprechend der mit den Statistischen Landesämtern vereinbarten Prioritäten nach einem jährlichen Arbeits- und Zeitplan abgewickelt. Derzeit ist z.B. die Verarbeitung der Datei der Bundesagentur für Arbeit für das Berichtsjahr 2002 in allen und die der Umsatzsteuerdatei 2002 in der überwiegenden Zahl der Statistischen Landesämter abgeschlossen. Als Nächstes steht die Verarbeitung der Dateien der Handwerkskammern für das Berichtsjahr 2003 (bis September 2004) und die periodische Registerumfrage bei den nicht zugeordneten Einheiten (bis November 2004) an.

II. Informationen zur Nutzung des Unternehmensregisters

Traditionell wird das Unternehmensregister wie auch ihre Vorläufer, z.B. die "Kartei im Produzierenden Gewerbe", als Infrastrukturinstrument zur Unterstützung von derzeit über 120 wirtschaftsstatistischen Erhebungen (Bereichsstatistiken, z. B. im Produzierenden Gewerbe, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungsstatistik, aber auch Querschnittsstatistiken, z.B. Lohnstatistiken) genutzt.

Das Informationspotenzial des durch die kombinierte Verarbeitung der verschiedenen administrativen Dateien entstandenen Registers soll aber auch zur Reduktion bzw. Abschaffung von Erhebungen und Zählungen beitragen können, um hiermit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft zu leisten. Konkret sind hierzu folgende Anwendungsfälle zu nennen:

1. Die jährliche Erhebung über industrielle Kleinbetriebe (EIKB) wurde ab dem Berichtsjahr 2003 aus dem Programm der Statistiken im Produzierenden Gewerbe genommen. Die Aktualisierung für die Berichtskreise des Monatsberichts, die bisher u.a. mit der EIKB erfolgte, wurde erstmalig erfolgreich mit Unterstützung des Unternehmensregisters für die Erhebungen ab Januar 2004 durchgeführt.
2. Ein neues Gesetz für die Durchführung einer Arbeitsstättenzählung (AZ) - die letzte AZ fand 1987 statt - wurde nicht aufgelegt. Statt dessen sieht eine Änderung des StatRegG, die derzeit vom BMWA vorbereitet wird, eine Lieferung ausgewählter Daten aus dem Register an die Kommunalstatistik vor, damit das bei den Kommunen aufgrund des Wegfalls früherer Großzählungen (Arbeitsstättenzählungen) entstandene Informationsdefizit durch Daten aus dem Unternehmensregister kompensiert werden kann.
3. Durch die Verordnung zur Verlängerung der Periodizität der Zählung im Handwerk ist der Zeitraum zur Durchführung einer Handwerkszählung (HwZ) von 2003-2005 auf den Zeitraum von 2007-2009 verschoben worden. Laut Begründung sollte damit Zeit gewonnen werden, um mit Auswertungen aus dem Unternehmensregister zu entscheiden, ob auf Handwerkszählungen als Primärerhebungen künftig völlig verzichtet werden kann. Ergebnisse aus den Test-

auswertungen für Zwecke einer HwZ sollen voraussichtlich im September 2004 der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden.

4. Eine gesetzliche Anordnung einer Handels- und Gaststättenzählung ist im neuen Handelstatistikgesetz nicht vorgesehen. Es gibt jedoch eine Verordnungsermächtigung, die es dem BMWA ermöglicht, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates eine solche Zählung anzuordnen. Über diese als Option vorgesehene Möglichkeit der Anordnung einer neuen HGZ mit einem gegenüber der letzten HGZ reduzierten Merkmalskatalog soll erst nach Prüfung der Auswertungsergebnisse aus dem Unternehmensregister entschieden werden.

III. Informationen zu Veröffentlichungen aus dem Unternehmensregister

Inzwischen hat das Unternehmensregister einen Qualitätsstand erreicht, der eine Veröffentlichung von Daten erlaubt. Von Seiten der Statistischen Landesämter gab es bisher im Hinblick auf eine Veröffentlichung allerdings keine einheitliche Meinung. Da jedoch mehrere Landesämter und das Statistische Bundesamt an einer Veröffentlichung interessiert sind, wurden in den vergangenen Wochen weitere Maßnahmen zur Beseitigung noch vorhandener Lücken durchgeführt. Beispielsweise wurde ein Verfahren zur Schätzung der Organschaftsumsätze entwickelt und umgesetzt.

Wir planen, erste Eckdaten aus dem Unternehmensregister im Juli-Heft der Reihe "Wirtschaft und Statistik" zusammen mit ausführlichen methodischen Erläuterungen zu veröffentlichen.

Pressemitteilung vom 17. Juni 2004 – 267/04

Anlage 2 zum Bericht über die
51. Tagung des Statistischen
Beirats am 16. Juni 2004

Statistischer Beirat zieht positive Halbzeitbilanz

WIESBADEN – Der Statistische Beirat – das vom Bundesstatistikgesetz eingerichtete Beratungsgremium der Nutzer und Befragten der Bundesstatistik – hat auf seiner 51. Tagung am 16. Juni 2004 in Wiesbaden den Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik beraten und eine positive Bilanz gezogen.

Kurz vor Halbzeit der 15. Legislaturperiode sind eine Reihe der Empfehlungen des Statistischen Beirats bereits umgesetzt. So haben die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die der Wissenschaft den geregelten Zugang zu den anonymisierten, amtlichen Mikrodaten ermöglichen, ihre Arbeit aufgenommen. Die Gesundheitsberichterstattung wird – nach Einführung einer Gesundheitsausgabenrechnung und einer Gesundheitspersonalrechnung – durch eine diagnosebezogene Krankheitskostenrechnung für das Jahr 2002 Anfang Juli diesen Jahres komplettiert.

Bei weiteren Empfehlungen des Statistischen Beirats konnten wichtige Schritte zur Realisierung getan werden:

- Der Test eines registergestützten Zensus in Deutschland wurde mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass mit einer Kombination aus Registernutzung, dem Einsatz von statistisch-methodischen Verfahren und Stichprobenerhebungen Bevölkerungszahlen und weitere volkszählungsrelevante Merkmale gewonnen werden können.
- Mit einer monatlichen Telefonbefragung zum Erwerbsstatus auf der Grundlage der Erwerbsstatistikverordnung vom 10. Mai 2004 wird Mitte diesen Jahres begonnen, um in Ergänzung der Berichterstattung der Bundesagentur für Arbeit nach internationalen Standards monatlich über den Arbeitsmarkt zu berichten.
- Das neue Mikrozensusgesetz 2005 nahm im Mai 2004 die parlamentarischen Hürden: Ab dem Jahr 2005 wird der Mikrozensus nicht mehr nur einmal im Jahr, sondern als vierteljährliche, über alle Wochen des Jahres verteilte Befragung durchgeführt und um Fragen zu Migration und Integration ergänzt.

Weitere Auskünfte gibt: Pia Brugger,
Telefon: (0611) 75-4168,
E-Mail: pia.brugger@destatis.de

Herausgeber:
© Statistisches Bundesamt
Pressestelle, Verbreitung mit
Quellenangabe erwünscht

Kontakt:
Telefon: +49 (0)611 / 75-34 44
Telefax: +49 (0)611 / 75-39 76
presse@destatis.de
www.destatis.de

Servicezeiten:
Mo - Do: 8.00 – 17.00 Uhr
Fr: 8.00 – 15.00 Uhr

Postanschrift:
65180 Wiesbaden
Deutschland